VR-08-039 GRÜNE Strukturen auf dem Land stärken (V-53, V-71 geeint)

Antragsteller*in: BAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum: 23.10.2024

Änderungsantrag zu VR-08

Von Zeile 38 bis 40:
verkehrende Schulbus ist, kein sinnvolles Angebot. Ein weiteres Beispiel stellen Fragen der grundlegenden Daseinsvorsorge~~, wie der Gesundheitsvorsorge,~~ dar.Wir brauchen eine zukunftsfeste barrierefreie Gesundheitsversorgung, die niemanden unversorgt lässt, von der Wiege bis zum Alter, unabhängig von Wohnort oder Hintergrund. So sind bspw. notwendige Reformen der Krankenauslandschaft ohne neue Ideen und/oder

Von Zeile 42 bis 44 einfügen:
unterversorgten – und häufig von älteren Menschen bewohnten – ländlichen Regionen nicht sinnvoll.Die großen Unterschiede in den Lebensbedingungen müssen in allen Politikfeldern mitgedacht und grüne Lösungen entwickelt werden. Besonders mit Blick auf die Bedürfnisse von Minderheiten, denn auch auf dem Land leben beispielsweise 20% der Menschen mit einer Behinderung, oft ohne Zugang zu Mobilität oder Gesundheitsversorgung. Der Eindruck, dass bündnisgrüne Politik alleine für ein (groß-)städtisches Milieu gemacht wird, ist bereits vorhanden; dem gilt es,

Begründung

Über die Hälfte der Bevölkerung lebt in ländlichen Räumen, oft strukturell benachteiligt. Wie so oft trifft es marginalisierte Gruppen am härtesten und wie so oft sind sie in der Debatte unsichtbar.

Ein eindrückliches Beispiel ist die Situation vieler Menschen mit Behinderungen: Sie leben vor allem auf dem Land oft unter dem Radar in eigentlich menschenunwürdigen Verhältnissen. Kaum Zugang zu Gesundheitsversorgung, kaum Angebote von ambulanter Pflege, ohne Zugang zum ÖPNV; und angesichts auf die Verhältnisse in städtischen Umgebungen zugeschnittener Gesetzgebung, z.B. bei der Strassenverkehrszulassungsordnung, der Versorgung durch Hilfsmittel, etc., wird ihnen faktisch das Recht auf eine eigenständige Lebensführung und auf Teilhabe vorenthalten.

Ein kleines Beispiel macht es deutlich: Die Krankenkassen verweigern passende Rollstühle, weil sie nur Ersatz für die Gehfähigkeit im Nahbereich von einem Kilometer stellen müssen. Die Norm geht implizit davon aus, dass genügend Infrastruktur in diesem Radius erreichbar ist. Wenn sich aber in diesem Bereich nichts außer ein paar Milchkannen befindet, haben die Betroffenen Pech, Vollständig abhängig von Zugehörigen sind sie dann nicht selten psychischer oder gar körperlicher Gewalt ausgesetzt oder allein in ihren Wohnungen und Häusern eingesperrt.

Das wird sich nur ändern, wenn die Politik sich endlich dessen bewusst wird und ländliche Räume wirklich überall als Querschnittsthema mitdenkt. Und wer, wenn nicht wir Grüne, ist dafür prädestiniert, für die Einhaltung der Menschenrechte in unserem Land zu sorgen?